

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 4

Charlottenburg, Freitag, den 26. Januar 1912

Jahrg. 39



Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Auma (Porzellanfabrik Auma G. m. b. H. und Berghaus). Cöln-Ehrenfeld (Emaillierwerk Rhenania). Düsseldorf (Emaillierwerk Rhenania). Elbing. Hennigsdorf bei Berlin. Ilmenau (Schumann & Klett). Kranichfeld. Krummenab. Margarethenhütte (Schomburg & Söhne). Mannheim (Rheinische Porzellanfabrik). Neuhaldensleben (Sauer & Roloff). Neumünster. Rosslau (Schomburg & Söhne). Teltow. Wiesau (Wolfram).

Halbsperrern in Deutschland: Altwasser C. Tielsch & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Düsseldorf (Winning). Flörsheim a. M. Fürstenberg an der Weser. Königszell. Langewiesen (Schlegelmilch). Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach (Schwabe & Co.). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Belapatfalva (Bruszkiny). Brunn (Steingut-Fabrik von Karl Spitz). Buchau (Platz & Rößner). Eulau (Gebrüder Mehner). Gießhübl (Joh. Schuldes). Pirkhamer (Fischer & Mieg). Reche (Adolf Persch).

Ergebnis der Reichstagsstichwahlen.

Zu den glänzenden Wahlsiegen der Sozialdemokratie am 12. Januar kamen bei den Stichwahlen am 20. und 22. Januar weitere brillante Erfolge der Arbeiterpartei; denn es gelang, zu den bereits in der Hauptwahl erstrittenen 64 Mandaten noch 35 neue Mandate zu erringen. Und zwar wurden gewonnen: Coblenz: Krüger, Freieberg i. S.: Wendel, Dresden: Mühl.: Gradnauer, Rostock: Herzfeld, Würzburg: Schmitt, Cassel: Hüttmann, Eschwege-Schmallalden: Thöne, Hameln-Linden: Fischer, Weimar: Baudert, Darmstadt: Quessel, Breslau-Ost: Bauer, Plauen i. S.: Jäckel, Frankfurt a. M.: Quack, Dörschlebe, Halberstadt: Brandes, Rottbus: Giebel, Bitterburg: Kämpfer, Höchst: Brühne, Kaiserslautern: Hoffmann, Heilbronn: Feuerstein, Bitterfeld: Raute, Köln: Hofrichter, Erbach-Bensheim: Hasenzahl, Bernburg: Bender, Kolmar: Peirottes, Jena: Leutert, Hagen: König, Ansbach: Hierl, Dessau: Heine, Görlitz: Taubadel, Hildesheim: Rauch, Bayreuth: Hugel, Einbeck-Northheim: Deichmann, Meß: Weill, Straßburg-Land: Fuchs, Jerichow: Haupt.

So zieht denn die Sozialdemokratie mit einstweilen 99 Abgeordneten — einige Stichwahlen stehen noch aus — als die stärkste Fraktion in den Reichstag. Und diesem gewaltigen Erfolge gegenüber will es wahrhaftig wenig besagen, daß die Partei einige Sitze, die 1907 oder in den Nachwahlen gewonnen wurden, wieder einbüßte. Auch diese Verluste werden wieder ausgeglichen werden und es wird schon wieder gelingen, Neustadt-Landau, Eisenach, Friedberg-Büdingen, Wiesbaden, Karlsruhe, Usedom-Wollin und Coburg zurück zu erobern. Insbesondere Coburg, wo die Gegner die gewaltigsten Anstrengungen unternommen hatten, um den bisherigen Vertreter Genossen Zietsch zu verdrängen.

In letzter Linie wird der Sozialdemokratie doch der Sieg werden. Der 12., 20. und 22. Januar waren Tage des Sieges, der Freude und des Fortschrittes. Die kommenden Tage im Reichstag werden durch die Arbeit der Fraktion dauernd befestigen, was heute im Vertrauen und in der Zuversicht des Volkes und der Arbeiterschaft für die Sozialdemokratie lebt, wirkt und immer tiefer Wurzel schlagen wird.

Ein Boykott im Kulturinteresse.

Der von der sozialdemokratischen Partei auf dem Parteitag zu Leipzig beschlossene Schnapsboykott hat in erster Linie den Zweck, das Schnapsjunktum an seiner empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, zu treffen. Die Schnapsliebessgabe soll unwirksam gemacht werden. Diese Liebessgabe an die Schnapsbrenner entsteht durch die eigenartige Besteuerung des Branntweins. Eingeführt wurde dieses System durch den Kartell-reichstag von 1887. Dieser hat eine bedeutende Erhöhung der Branntweinsteuer beschlossen, aber bestimmt, daß die Verbrauchsabgabe von 70 Mk. pro Hektoliter Spiritus nur für die über das Kontingent hinaus gehende Menge erhoben wird, für das Kontingent betrug die Verbrauchsabgabe nur 50 Mk.

Für die Festsetzung des Kontingents wurde ein Verbrauch von 4 1/2 Liter Spiritus auf den Kopf der Bevölkerung in Norddeutschland und von drei Litern in den südlichen Staaten Bayern, Württemberg und Baden zugrunde gelegt. In Wirklichkeit war jedoch der durchschnittliche Verbrauch höher, es mußte also auch nicht kontingentierter, mit 70 Mk. versteuerten Spiritus in den Handel gebracht werden. Dieser Spiritus, dem man natürlich die auf ihm lastende Steuer nicht ansehen kann, bestimmt nun den Preis der gesamten Menge. Merck-Brantwein kostet also so viel, als wenn für ihn 70 Mk. Steuer bezahlt worden wären. Der Unterschied zwischen 50 Mk. und 70 Mk. kommt den Schnapsbrennern zugute, die am Kontingent beteiligt sind. Der Profit ist umso größer, je größer das der einzelnen Brennerei zugeteilte Kontingent ist. Als im Jahre 1887 dieses famose Steuersystem eingeführt wurde, nannte der konservative Abgeordnete v. Wedell-Malchow das Gehalt von 20 Mk. pro Hektoliter Schnaps an die Schnapsbrenner eine „Liebessgabe“. Das ist der Ursprung dieser Bezeichnung, die bis heute bei behalten ist.

Die Branntweinliebessgabe beträgt jährlich 46 Millionen Mark, und davon entfallen etwa 32 Millionen auf die landwirtschaftlichen Brennereien Ostpreiens. Die Verteilung des Kontingents erfolgt nicht gleichmäßig. Die Regierung hat sich auch bisher entschieden geweigert, dem Reichstag eine Liste der Liebessgabenempfänger vorzulegen, es sollen sich aber unter ihnen hohe, höchste und allerhöchste Herrschaften befinden, auch eine ganze Reihe Abgeordneter besonders aus den konservativen Parteien, den Polen und dem Zentrum, die sich in der ihnen eigenen Bescheidenheit die Liebessgabe selbst bewilligt haben.

Bei der Steuerreform im Jahre 1909 wurde von der Regierung zunächst ein Branntweinmonopol verlangt, welches aber in der Steuerkommission keine Gnade fand. Diese setzte eine Unterkommission ein, die den Auftrag erhielt, eine neue Steuervorlage aus zu arbeiten. Die bürgerlichen Parteien waren sich hier darin einig, daß die Branntweinsteuer erhöht werden soll, es wurde aber vorgeschlagen, bei der Gelegenheit die Liebessgabe herab zu setzen. Von den Nationalliberalen und Freisinnigen wurde die allmähliche Herabsetzung auf 10

beziehungsweise 5 Mk. verlangt, während die Sozialdemokraten selbstverständlich die völlige Beseitigung dieses unmoralischen Geschenkes verlangten. Selbst die Konservativen hatten sich schon mit einer Kürzung der Liebesgabe abgefunden und wollten sie nur nicht gar zu tief sinken lassen, da erschien als Retter in der Not das Zentrum. Das Zentrum hatte sich zwar früher sehr entschieden gegen die Liebesgaben ausgesprochen, aber bei dieser Partei ist es Grundsatz, die heiligsten Versprechungen zu vergessen, wenn ein Vorteil winkt. Und hier bot sich dem Zentrum ein Vorteil, es konnte sein Bündnis mit den Konservativen erneuern und damit wieder in seine Stellung als herrschende Partei einrücken. Um den Schnapsbrennenden konservativen Junkern einen Dienst zu erweisen, traten die Ultramontanen dafür ein, die Liebesgabe im Betrage von 20 Mk. dauernd zu belassen. Die Schnapsliebesgabe war die Morgengabe des Zentrums für den neu gegründeten schwarz-blauen Block. Die Konservativen und das Zentrum im Verein mit der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Polen beschloßen die Verbrauchsabgabe für den kontingentierten Spiritus auf 105 Mk., für den nichtkontingentierten auf 125 Mark festzusetzen. Die Spannung von 20 Mk. blieb erhalten, und die Liebesgabe in dieser Höhe war gerettet.

Am 1. Oktober 1909 trat das neue Branntweinsteuergesetz in Kraft, zu gleicher Zeit wurde aber auch der Beschluß gefaßt, den Branntwein zu boykottieren. Und dieser Boykott hat gewirkt. Die Gefahr lag nahe, daß binnen kurzem der Branntweinverbrauch so weit zurück gehen würde, daß er hinter dem Kontingent zurück bleibt. Da sprang die Regierung zum Schutze der bedrohten Schnapsjunker ein. Das Kontingent, welches bisher $2\frac{1}{4}$ Millionen Hektoliter betrug, wurde im November 1910 auf 1 757 783 Hektoliter herab gesetzt. Hierdurch vermindert sich zwar der Betrag der Liebesgabe von 45 Millionen auf 35 Millionen Mark jährlich, aber den Schnapsbrennern ist diese Kürzung immer noch lieber, als der Verlust der gesamten Liebesgabe.

Ob aber dieser Verlust auf die Dauer fern gehalten werden kann, ist noch sehr die Frage; denn im Rückgang des Schnapskonsums ist noch kein Stillstand zu verspüren. In den beiden ersten Monaten des Rechnungsjahres 1911/12 ist die Branntweinerzeugung wieder um 3 069 900 Liter zurück gegangen. Es wurden nur 459 115 Hektoliter gegen 490 084 Hektoliter in der entsprechenden Zeit des Vorjahres erzeugt. Der Trinkverbrauch ging in dieser Zeit von 349 522 Hektoliter auf 339 114 Hektoliter zurück, er vermindert sich also um 1 040 800 Liter.

Aber das kann uns noch nicht genügen. Die Branntweinpest muß noch weiter eingedämmt werden. Nicht nur, um eine Quelle der Macht des preußischen Junkertums zu verstopfen, auch um ihrer selbst willen, um den Kulturstand unseres Volkes zu heben, um ihre Kraft zu erhalten, die Gesundheit ihrer Familien zu fördern, müssen sich die Arbeiter des Schnapsgenusses enthalten. Der Schnaps hat sich noch stets als ein probates Mittel erwiesen, die Völker zu knechten. Als abschreckendes Beispiel kann uns Rußland dienen. In Rußland beträgt der Schnapskonsum jährlich 150 Liter auf den Kopf der Bevölkerung, in den Hauptstädten Petersburg und Moskau steigt der Konsum sogar auf 370 Liter. Das Gewaltregiment des blutigen Zaren zieht aber auch 1240 Millionen Mark jährlich aus der Schnapssteuer und damit einen sehr beträchtlichen Teil der Mittel, die er braucht, um seine Herrschaft zu erhalten. Den uns schon wohl über 100 Jahre alte Wort, daß in Rußland der Absolutismus, gemildert durch den Meuchelmord herrscht, heute noch wahr ist, so ist das vornehmlich dem riesigen Schnapskonsum in diesem unglücklichen Lande zu danken.

Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, zu verhindern, daß sich russische Zustände bei uns breit machen; deshalb bekämpfen wir mit aller Entschiedenheit den Schnapsgenuß. Das Verdienst, welches sich die Sozialdemokratie durch den Schnapsboykott um das deutsche Volk errungen, müssen wider Willen selbst ihre schärfsten Gegner anerkennen. So schrieb kürzlich der konservative „Reichsbote“, der besonders in den evangelischen Pfarrhäusern gelesen wird:

„Das unbestreitbar große Verdienst der Sozialdemokratie ist es, den Schnapsgenuß in den Reihen ihrer Befenner eingedämmt, ja verpönt zu haben. Man sollte also namentlich von Reich wegen lieber Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehen, als an dem sichtslichen Erfolge dieser unzweifelhaften Kulturtat auch nur in Gedanken zu rütteln. Wir bitten, nicht zu erschrecken, daß wir der Sozialdemokratie

ohne Zögern das Verdienst zuerkennen, das ihr gebührt. Aber: Was recht ist, muß recht bleiben.“

Es ist also eine in jeder Beziehung dankenswerte Aufgabe, welche sich die Sozialdemokratie mit dem Boykott des Branntweins gestellt hat, und jeder Arbeiter hat die Pflicht, den Boykottbeschluß gegen den Schnaps zu respektieren. Wenn sich auch die Junker und sonstigen Schnapsinteressenten sehr unangenehm davon berührt fühlen, so braucht uns das nicht zu rühren. Wir leisten wertvolle Kulturarbeit, wenn wir streng den Grundsatz verfechten:

Meidet den Schnaps!

Die deutschen Konsumvereine 1911.

Das Jahr 1911 brachte durch die Dürre und die dadurch hervor gerufene Teuerung sowie durch die Erschwerung des Frachtverkehrs auf den Flüssen für die Lebenshaltung der breiten Massen eine bedeutende Erschwerung und Verteuerung. Um so mehr wurde freilich in den minder bemittelten Kreisen die Bedeutung der Organisation des Konsums erkannt, so daß die deutschen Konsumvereine auf die 1911 erzielten Erfolge mit Zufriedenheit zurück blicken können. Nach den Angaben der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ ist zwar nur eine Zunahme von 19 Vereinen im Zentralverband deutscher Konsumvereine zu verzeichnen, er zählt jetzt 1170 Mitglieder. Aber gerade diese geringe Zunahme ist ein deutliches Zeichen von einer innerlichen Erstarkung der Bewegung. Es sind nicht nur in vielen Fällen die bestehenden kleinen Konsumvereine zu großen, zu Bezirkskonsumvereinen verschmolzen worden, sondern es ist auch planmäßig daran gearbeitet worden, daß, wo sich das Bedürfnis geltend machte, einen Konsumverein zu gründen, diese Gründung nur vorgenommen wurde, wenn es unmöglich war, eine Warenverteilungsstelle von einem in der Nähe gelegenen Verein einzurichten. Die Statistik wird gegenwärtig erst aufgenommen; man kann aber damit rechnen, daß die deutschen Konsumvereine, so weit sie dem Zentralverbände deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, 1911 ihre Mitgliederzahl auf $1\frac{1}{2}$ Million gesteigert haben. Es ist also eine zahlenmäßige Ausdehnung und eine innere Stärkung Hand in Hand gegangen.

Der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind jetzt 210 Genossenschaften angeschlossen, die rund 6000 Personen als Mitglieder angemeldet haben. Die Beiträge beliefen sich auf 575 000 Mk. Das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 125 000 Mk. Das Vermögen der Kasse hat die zweite Million überschritten. Nach Ablauf der fünfjährigen Kassenzeit hat die Kasse mit der Auszahlung von Renten begonnen. Es wurden 3864 Mark für Invaliden- und Altersrenten und 1181 Mk. Witwen- und Waisenrenten gezahlt. Die Summe scheint unerheblich, doch darf man nicht vergessen, daß die Kasse erst sechs Geschäftsjahre zählt und daß ihr natürlich nicht von Anfang an so viele Mitglieder wie jetzt angehört.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine rechnet auf einen Gesamtumsatz von 105 bis 107 Millionen Mk. im Jahre 1911. Sie wird also zweifelsohne den Umsatz von 100 Millionen Mk. erreichen. Diese Vermehrung des Umsatzes hat allerlei sonstige Umlagerungen zur Folge. So werden in Gröba und Nürnberg neue Lagerhäuser errichtet. In Gröba werden ferner neue Fabrikgebäude und ein neues Verwaltungsgelände gebaut. Wie stark ist die Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft, so ist es auch, daß man nicht vergessen darf, daß die von ihr von einem Jahre in Benutzung genommenen neuen Räume in Hamburg, die eine sehr erhebliche Erweiterung des alten Geschäftshauses brachten, bereits wieder voll besetzt sind. Auch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die gegenwärtig im Geschäftshause der Großeinkaufsgesellschaft zur Miete wohnt, reicht mit den Räumen, die sie jetzt inne hat, nur noch kurze Zeit aus, so daß sie sich wohl in absehbarer Zeit ein eigenes Geschäftshaus wird bauen müssen. Sie ist im Laufe weniger Jahre zu einem respektablen Großbetriebe mit mehr als zwei Millionen Mk. Umsatz geworden. Dieses Wachstum hat Veranlassung gegeben, daß im neuen Jahre die Frage, ob die juristische Form der Verlagsanstalt, die heute eine offene Handelsgesellschaft ist, nicht zu ändern ist, von allen beteiligten Faktoren einmal eingehend erörtert werden wird. An der Ausdehnung der Verlagsanstalt hat auch die Konsumgenossenschaftliche Presse teil genommen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ zählt jetzt etwa 10 000 Bezieher, während das „Volksblatt“ in einer Auflage von 360 000 Exemplaren gedruckt wird. Seit dem 1. August erscheint für den Verband rheinisch-westfälischer Konsumvereine eine Sonder-

ausgabe des „Volksblattes“, und am 1. Januar folgte der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine mit einer weiteren Sonderausgabe. Können so die deutschen Konsumvereine recht zufrieden auf das Jahr 1911 zurück blicken, so müssen sie sich jedoch völlig darüber klar sein, daß die Zahl ihrer Feinde gewachsen ist. Die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus bei der Erörterung des Antrags Hammer sowie verschiedene andere Steuerpläne zeigen das zur Genüge. Bisher aber haben alle Versuche, die Konsumvereine zu bekämpfen, nur die eine Folge gehabt, sie enger zusammen zu schließen. Hoffen wir, daß das auch im neuen Jahre der Fall sein wird.

Vom belgischen Gewerkschaftskongress

wird im „Correspondenzblatt“ berichtet:

Die gemeinsamen Beratungen der belgischen Gewerkschaften finden regelmäßig zu Weihnachten statt, und zwar alljährlich; der Tagungsort wechselt eigentlich nicht; denn wenn auch vor zwei Jahren der Kongreß in St. Gilles, einer Vorstadt von Brüssel, tagte, so ist die Reise für alle Delegierten ja die gleiche. Ein großer, unvermeidbarer Uebelstand ist die Notwendigkeit der Uebersetzungen, wie wir sie ja von internationalen Kongressen und Konferenzen her kennen. Ein vermeidbarer Uebelstand jedoch war die Verspätung in der Fertigstellung der Berichte; es ist doch nicht denkbar, daß eine fruchtbare Diskussion einsetzen kann, wenn ein Teil der Anwesenden die Berichte nicht gelesen hat. Es ist vielleicht als ein Fortschritt zu betrachten, daß man auf alle Eröffnungsformalitäten verzichtet und sich damit begnügt hat, den Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu begrüßen.

Die sehr umfangreiche Tagesordnung wurde nicht erledigt, dagegen beschlossen, in drei Monaten einen eintägigen Kongreß abzuhalten, der sich mit dem Gesetzentwurf betreffend die Neugestaltung des Arbeitsrates ausschließlich beschäftigen soll.

Wir lassen hier nur die Beschlüsse des Kongresses folgen, da die Kürze der Zeit nicht gestattet, die bei der Verhandlung zutage getretenen Gesichtspunkte klar zu legen.

Auswanderung nach dem belgischen Kongo: Der Kongreß ist der Meinung, daß angesichts des Zweckes, welchen der bürgerliche Ausschuß zur Ueberwachung und Förderung der Arbeiterauswanderung nach Katanga verfolgt, und in Anbetracht dessen, daß es Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter im eigenen Lande zu verbessern, die Auswanderung nicht zu fördern, und beschließt deswegen, daß die Gewerkschaftskommission in diesem Ausschuß nicht vertreten sein darf.

Paritätische Arbeitsnachweise: Der Kongreß nimmt Kenntnis davon, daß die Gewerkschaftskommission beschlossen hat, sich nicht in der Kommission vertreten zu lassen, die sich mit den paritätischen Arbeitsnachweisen und den anerkannten Berufsvereinen beschäftigt.

Zentralisation: In Anbetracht der Tatsache, daß eine große Zahl von auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften der Gewerkschaftskommission noch nicht angeschlossen ist, und in Anbetracht des Umstandes, daß dieser Zustand sehr schädlich ist, spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß die betreffenden Organisationen zusammen kommen, um die Frage der Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu untersuchen.

Dem Genossen Lallemand, der 15 Jahre lang die Geschäfte des Kassierers der Kommission geführt hat und jetzt seine Funktionen an den zweiten Sekretär der Gewerkschaftskommission abgibt, wurde der Dank des Kongresses ausgedrückt.

Der Kongreß brandmarkte dann die schändliche Verurteilung der sozialistischen Abgeordneten der zweiten Duma vom Jahre 1907.

Der gewerbliche Unterricht: Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß die Gewerkschaften sich lebhaft an der Organisation des von den Behörden unterstützten gewerblichen Unterrichts beteiligen, und verpflichtet alle Mandatäre, die Bewilligung von Beihilfen zum gewerblichen Unterricht davon abhängig zu machen, daß Arbeiterabgeordnete in die Verwaltungsbewehrungs- beziehungsweise Ueberwachungsausschüsse der Gewerkschaften eintreten, mindestens auf paritätischer Grundlage. Er beschließt die Einsetzung eines besonderen neungliedrigen Ausschusses mit dem Auftrag, zusammen mit dem Sekretariat der Gewerkschaftskommission eine möglichst umfassende Sammlung von Schriftstücken über die Lehrlings- und die gewerbliche Unterrichtsfrage dem nächsten Kongreß zu unterbreiten.

Arbeitsruhe am Sonnabendnachmittag: Es soll eine Propaganda zugunsten des englischen Arbeitstages, Fabrikshluß Sonnabend um Mittag, und der Lohnzahlung am Freitag entfallen werden.

Kollektive Arbeitsverträge: Der Kongreß legt mit Entschiedenheit Verwahrung ein gegen den Gesetzentwurf des obersten Arbeitsrates über die kollektiven Arbeitsverträge, welche die Verurteilung der Gewerkschaften zur Zahlung von Entschädigungen bis zum Betrag von 25 Frank pro Mitglied vorsteht, wenn diese Mitglieder in den kollektiven Arbeitsverträgen übernommene Verpflichtungen nicht ausgeführt haben, brandmarkt diesen Gesetzentwurf als den Versuch eines Anschlages auf die Barbestände der Arbeiterorganisationen von Seiten der verbündeten Kräfte der Arbeitgeber und des Bourgeoisstaates und fordert die Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament auf, sich diesem Entwurf mit allen Kräften und mit allen Mitteln zu widersetzen. . . . Die Arbeiterklasse ist auf diesen Entwurf hinzuweisen und es ist mit einer bezüglichen Presse-kampagne einzusetzen.

Nach Bulgarien wurde ein Telegramm gesendet, das den Wunsch übermitteln sollte, daß sich die beiden dort bestehenden sozialistischen Fraktionen einigen mögen.

Die Bildungsfrage konnte nicht verhandelt werden, weil der Bericht des Genossen De Man nicht gedruckt vorlag und man fürchtete, daß bei der vorgeschrittenen Zeit man bis zur festgesetzten Frist doch nicht mehr zu Ende kommen könnte.

Man kann diesen vorläufigen Bericht nicht besser schließen als durch Wiedergabe der Worte des antwerpener Delegierten Genossen Wahlman: „Die Resolutionen haben keine Bedeutung, wir müssen arbeiten!“

Verbands-Angelegenheiten

Zur Beachtung!

Zugang nach allen Isolatoren-Fabriken ist strengstens fern zu halten, bis in der nächsten Nummer der „Ameise“ diejenigen Betriebe veröffentlicht werden auf welche die Sperre beschränkt werden soll. Die Kollegen in Meuselwitz und die in der Isolatoren-Abteilung von Rosenthal in Selb haben die Kündigung eingereicht. Weitere Betriebe werden sich anschließen.

Der Vorstand.

Entscheidungen der Beschwerdekommision.

Sitzung vom 14. Januar 1912.

Mitglied 409 A. beschwert sich gegen den Vorstand wegen Verweigerung von Maßregelungs-Unterstützung. Der Vorstand hat die Maßregelungs-Unterstützung abgelehnt, weil er die Merkmale einer Maßregel nicht für gegeben hielt. Die Beschwerdekommision kam zu der Auffassung, daß Maßregelung vorliegt und beschließt, dem Mitgliede die fragliche Unterstützung zu gewähren. Weitere Beschwerden der Mitglieder 2513 E. und 7041 D. werden zur Kenntnis genommen und wird Recherche beschlossen.

Engelb. Bartel, Vorsitz.

Berthold Faulian, Schriftf.

Quittung

über eingelieferte Gelder vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1911.

Adorf 37,—. Ahlen 430,—. Althaldensleben 530,—. Altwasser 620,—. Amberg 85,58. Angelroda 216,52. Arzberg 1040,—. Bayreuth 310,—. Berlin 1275,—. Berlin-Moabit 120,—. Biberach 28,49. Bonn 110,—. Breslau 684,95. Buchau 7,50. Bunzlau 187,—. Burgau 20,—. Cassel 10,—. Charlottenburg 53,—. Coblenz 72,62. Coburg 262,91. Colditz 847,—. Köln 580,—. Cortendorf 364,75. Creidlitz 145,80. Döbeln 210,—. Dresden 3185,40. Duisburg 68,—. Eisenach 23,—. Eisenberg 1430,—. Elberfeld 120,—. Elgersburg 100,—. Elmshorn 128,—. Elmteroda 120,—. Emmerich 100,—. Erfurt 15,—. Farge 15,—. Frankfurt A. M. 310,—. Frankfurt D. 10,—. Frauenth 625,—. Friedberg 10,—. Friedewald 205,—. Freital 6,—. Friedrichs- hagen 60,—. Friedberg D. 51,16. Gaggau 46,97. Garsitz 16,09. Gehren 82,60. Gellertkirchen 60,—. Gera 270,—. Gernersheim 75,—. Gerswinden 206,—. Goldlauter 1039,23. Gotha 519,15. Gräfenhain 305,23. Gräfenroda 69,30. Gräfenrod 263,58. Gräfenau 125,—. Groß- breitenbach 222,39. Grünhain 251,27. Hamburg 415,—. Hamm 140,—. Hannover 64,59. Hausen 20,—. Hermsdorf 2900,—. Höhr 123,20. Hüttengrund 429,15. Hüttensteinach 520,—. Ilmenau 760,—. Jüden- bach 512,85. Kahla 3160,—. Kamenz 22,89. Kleindembach 290,—. Kloster-Beßra 85,—. Kolmar 180,25. Königssee 335,80. Könnitz 210,—. Köppelsdorf 290,90. Kronach 219,50. Küps 100,—. Langenau 154,33. Langenberg 5,—. Langewiesen 115,—. Lauscha 222,65. Leipzig 60,—. Lettin 292,50. Liegnitz 220,94. Limbach 505,—. Ludwigsburg 30,—. Ludwigstadt 8,28. Magdeburg 1256,40. Mannheim 170,—. Markt- leuthen 276,60. Marktredwitz 500,—. Martinroda 100,—. Meißen 150,—. Meuselbach 135,—. Meuselwitz 1470,—. Mitterteich 215,55. Moschendorf 200,—. München 693,87. M.-Gladbach 313,70. Mühlstein 186,23. Neuhalbinsleben 30,—. Neuhaus b. S. 460,—. Neumünster 10,—. Neustadt E. 120,—. Neustadt S. 14,—. Niederfalsbrunn 240,—. Nossen 111,01. Nürnberg 220,—. Oberhausen 180,70. Oberhöndorf 356,97. Oberhofen 60,—. Oberlind 69,04. Oelde 145,—. Oeslau 550,73. Offenburg 27,49. Ohrdruf 660,—. Osterode 600,—. Piesau 74,69. Planzenhammer 116,—. Plauen 697,—. Pößneck 5,—. Pots- chappel 1007,70. Probstzella 83,—. Radeberg 40,—. Rauenstein 206,84. Regensburg 82,—. Rehau 1220,—. Reichenbach 5,—. Reich- mannsdorf 192,—. Rheinsberg 115,—. Roda 95,46. Roschitz 385,55. Rühlau 100,—. Rudolstadt 1160,—. Saargemünd 127,67. Schauenburg

59.—. Schedewitz 516,20. Scheibe 119,53. Schirnding 250.—. Schlen-
 singen 20.—. Schmiedefeld 112,54. Schney 128.—. Schönwald 1102,70.
 Schorndorf 206.—. Schramberg 5.—. Schwarza 264,49. Schwarzen-
 bach 325.—. Schwarzenberg 73,26. Selb 4904,75. Selb = Mißberg
 690,30. Sigendorf 290.—. Sondershausen 16,40. Sophienau 325.—.
 Spandau 249,60. Stadtilm 241,24. Stadtlengsfeld 594.—. Staffel 162,59.
 Stanowitz 185,96. St. Georgen 69.—. Stückerbach 18.—. Suhl 337,48.
 Teltow 12.—. Tettau 320.—. Tiefenfurt 700.—. Tirschenreuth 500.—.
 Uhlfeld 130.—. Unterföding 106.—. Untermythaus 430.—. Unterpörlitz
 73.—. Unterweißbach 420.—. Wegesack 370.—. Wöhlstraße 225.—.
 Wolfstedt 1400.—. Wörlitz 50.—. Waldburg 475.—. Waldbesen
 153,80. Weiden 334.—. Weißwasser 120,50. Wiesau 40.—. Witten-
 berg 110.—. Wunsiedel 330.—. Zell 160.—. Berlin-Ges. 12,50. Ber-
 lin-Ges. 15,90. Dessau-Paulitz 5.—. Dresden-Röhler 40,85. Eisen-
 berg-Böhme 14,70. Girschan-Gebhardt 0,90. Ilmenau-Hoffmann 4,71.
 Kopenhagen-Dreherpersonal Bing & Gröndahl 17,35. Marktreuth-
 Wiedow 9.—. Oberneubrunn-Gichhorn 5,45. Postabonimenten 232,10.
 Rehau-Hermann 3.—. Rosslau-Metallarbeiter 100.—. Stadtilm-
 Rottmann 15.—. Zwickau-Kaufmann 15.—. Zwickau-Seifert 36.—.
Summa 65 117,32. W. Herden.

Aus unserem Berufe

Unternehmergewinne. In dem letzten Rechenschaftsbericht der Porzellanfabrik Schweg, A.-G. in Weißwasser heißt es unter anderem: Das Ergebnis der mit einem Kapital von 1150000 Mk. arbeitenden Gesellschaft wurde durch nicht befriedigende Preise ungünstig beeinflusst. Der Rohgewinn stellte sich auf 60447 Mk., wovon 52881 Mk. zu Abschreibungen verwendet werden. Von dem verbleibenden Reingewinn von 7566 Mk. werden 378 Mk. dem Reservefonds überwiesen und 6038 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. In den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres ist, abgesehen von besseren Preisen, eine wesentliche Steigerung des Umsatzes zu verzeichnen. Gegenwärtig ist das Unternehmen mit Aufträgen reichlich versehen.

Porzellanfabrik Kahla, Akt.-Ges. Die Dividende ist, wie mitgeteilt wird, für den nächsten Abschluß der Gesellschaft auf 18 Prozent zu schätzen. Im Vorjahre betrug die Dividende 12 Prozent.

Die Behandlung der Arbeiter durch Vorgesetzte führt auch in den Kreisen unserer Kollegen häufig genug zu lebhaften Klagen und oft genug schon mußten wir in unserem Blatte aufs Entschiedenste Verwahrung gegen die Art und Weise einlegen, in der mancher Ober die ihm unterstellten Kollegen und vor allen Dingen auch die Kolleginnen zu behandeln beliebte. Und bei Differenzen der Kollegen mit den Unternehmern spielte oft genug die brutale Manier, in der Vorgesetzte die Arbeiter zu behandeln sich erdreisteten, einen sehr wichtigen Grund der Unzufriedenheit und Erbitterung bei den Kollegen. Gewiß, wird ein anständiger Unternehmer, der von solchen Uebergriffen seiner Vertreter erfährt, ohne weiteres bereit sein, diesen Gewalttätigkeiten und Mißbräuchen der Ober entgegen zu treten. Aber das Eigentümliche ist, daß derartige Anordnungen der Fabrikanten keine große Wirkung zu haben scheinen; denn über kurz oder lang fallen die Ober wieder in die alten Fehler zurück und kaum sind die alten Differenzen beendet, die Verhandlungen mit dem Unternehmer abgeschlossen und die Versprechungen desselben schriftlich nieder gelegt, dann gehen die Schimpfereien der Vorgesetzten gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen wieder an. Darüber wurden uns auch jetzt wieder folgende Fälle mitgeteilt. So heißt es in einem Schreiben aus Suhl: „In der Porzellanfabrik der Firma Reinhold Götze, in der die Arbeiterinnen gegen die Unter-
 protestiert worden muß. Situationen wie „Gauner“, „Spitzbuben“ usw. wirft er den Arbeitern an den Kopf. In Verwünschungen ergeht sich Schübel gegen die Arbeiter, die hier wiederzugeben der Anstand verbietet. Und das alles, obwohl Schübel vor einiger Zeit von Herrn Schlegelmilch ermahnt wurde, die Arbeiter anständig zu behandeln. Wenn es Herrn Schlegelmilch mit seiner Vermahnung ernst war, so wird er hoffentlich nunmehr Vorkehrungen treffen, daß Schübel seinen eigenartigen Umgangsformen nicht mehr freien Lauf läßt. Die Arbeiterschaft wird jedenfalls, wenn Schübel sein mehr als sonderliches Verhalten nicht ändern sollte, ihm über kurz oder lang begreiflich machen, daß sie sich eine anständige Behandlung zu erzwingen weiß.“

Und in einem Bericht aus Selb wird uns mitgeteilt: „Ein durchaus nicht einwandfreies Vorgehen legt der Oberdreher Bauer der Weltfirma Rosenthal & Co. in der Behandlung seiner Untergebenen an den Tag. Der Genannte glaubt wahrscheinlich, die Arbeiter seien nur mit möglichst vielen Prügelein und den nötigen Grobheiten und Unverschämtheiten im Joch zu halten. Seine beliebtesten Rosenamen sind

„Hundsvieh“, „Hundsbiester“, den Arbeiterinnen gegenüber „Saubiestler“, „Dreckpr.“ usw. Kürzlich äußerte er einigen Lehrlingen gegenüber: „In 20 Jahren laufen nur noch Gauner und Spitzbuben herum und das macht nur die Organisation.“ Den Drehern sagte er: „Ihr Dreher seid nicht mehr wert, daß ich euch zusammen haften lasse und Gefandenes davon mache.“ Die unangemessenste Handlungsweise leistete sich dieser Ober aber, indem er zu einigen seiner Arbeiter sagte: „Ich, wenn Gesetze machen dürfte, müßte jeder Beamte eine Hundspitze erhalten und wer sie in 14 Tagen an den Leuten nicht kurz und klein geschlagen hätte, müßte vierzehn Tage eingesperrt werden.“ — Bei den letzten Differenzen der Arbeiter mit der Firma Rosenthal & Co., forderte der Generaldirektor, Herr Kommerzienrat Rosenthal, im Beisein der Arbeiterkommission, sowie des Verbandsvorsitzenden Wollmann die Beamten auf, die Arbeiter anständig und als Menschen zu behandeln. Obige Zeilen zeigen, wie Bauer diese Ermahnung in die Praxis umsetzt.“ — Angesichts dieser Schilderungen wird es wahrhaftig Zeit, daß die Betriebsleitungen solchen Vorgesetzten der Arbeiter gegenüber energische und durchgreifende Maßnahmen ergreifen. Im anderen Falle werden sich unsere Kollegen und Kolleginnen selbst zu helfen wissen. Denn der Arbeiter hat ein Recht, von den Vertretern des Unternehmers ebenso anständig behandelt zu werden, wie der Unternehmer wünscht vom Arbeiter behandelt zu werden. Was dem einen aber recht ist, muß für den andern billig sein.

Ahlen i. W. In dem Emailierwerk von Stephan Narath wurden, wie man uns berichtet, die Preise für die Maler reduziert. Und zwar geschieht das in der Weise, daß der Unternehmer einseitig den Preis bestimmt und es dann dem Maler überläßt, ob derselbe dafür arbeiten will oder nicht. Es ist selbstverständlich, daß die Kollegen sich eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen werden. Im übrigen wird uns noch mitgeteilt, daß dieser Unternehmer bereits zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, weil er einen Arbeiter mit dem Spazierstock durch geprügelt hatte. — Die Kollegen haben also wahrhaftig keine Ursache, sich um eine Stelle in diesem Betriebe zu reißen.

Rosslau. Ueber den Stand des Kampfes in Rosslau wird uns berichtet: Die Betriebsleitung der Firma Schomburg & Söhne Akt.-Ges. gibt sich den Anschein, als ob in der Fabrik alles in bester Ordnung sei; sie erklärt auch den Streikposten, daß der Streik beendet sei, und wenn sie noch weiter versuchten, auf die Arbeitswilligen einzuwirken, dann wären sie Wegelagerer. Wenn aber alles in bester Ordnung ist, ein Streik für die Betriebsleitung nicht mehr besteht, dann soll man sich doch nicht so aufregen und alles seinen natürlichen Gang gehen lassen. Der Firma hatten sich acht Klausenreißer von Aluma zur Verfügung gestellt, welche bei der Betriebsleitung noch einige Hoffnung erweckten. Nachdem aber auch diese Arbeitswilligen erfahren haben, daß die Versprechungen, welche die Firma machte, nicht gehalten wurden, kehrten sechs von diesen Arbeitswilligen Rosslau den Rücken. Wenn die Firma Schomburg & Söhne nicht Willens wäre, billige und willige Arbeitskräfte zu bekommen, so hätte sie mit ihrem alten eingearbeiteten Personal längst Frieden geschlossen. Daß sie die Versprechungen, welche sie den arbeitswilligen Drehern macht, nicht halten will, ist schon öfter fest gestellt worden. Es wird also nochmals davor gewarnt, nicht auf die Versprechungen der Firma Schomburg hinein zu fallen und jeden Zugzug fern zu halten.

England. Der Bericht über den Beschäftigung in den Porzellan- und Topfwarenfabriken Englands wird berichtet, daß die Beschäftigung im November gut war. Sie übertraf das Vorjahr. Von 81 Firmen der Branche waren 19763 Arbeiter angegeben, was eine Erhöhung der Arbeiterzahl von 4,9 Prozent, des Gesamtlohnes von 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahre ausmacht. Von den angegebenen 19763 Arbeitern waren beschäftigt:

In den Porzellanfabriken	3285	mit Wochenlohn von	3614	Pfd. Sterl.
„ „ Topfwaren- „	12133	„ „ „	11799	„ „
„ „ anderen Betrieben	4345	„ „ „	3878	„ „

Den Distrikten nach waren 15167 in Potteries und 4596 in anderen Plätzen beschäftigt. — In Potteries hielt sich die Arbeitslage fortgesetzt gut und auf einer Höhe, die das Vorjahr überflügelt. In Schottland zeigte die Beschäftigung, obwohl im Ganzen gut, doch eine Tendenz zur Abschwächung. Im Westen Englands war der Arbeitsmarkt im allgemeinen flau. Aus Glasgow meldeten die Tonpfeifenmacher etwas Besserung, aber doch noch durchgehend abgekürzte Arbeitszeiten. — Eingeführt wurden im November 1911 an Porzellan- und Topfwaren für 89884 Pfund Sterling; verglichen mit 82738

Pfund Sterling im Oktober und 85 975 Pfund Sterling im November 1910. Ausgeführt wurden im November 1911 an Porzellan- und Topfwaren für 293 169 Pfund Sterling; verglichen wie oben mit 316 553 Pfund Sterling respektive 263 750 Pfund Sterling.

Aus anderen Verbänden

Maurer. Wie in dem Organ der Bauarbeiter, im „Grundstein“ mitgeteilt wird, ist an eine Heilung des Genossen Theodor Bömelburg nach menschlicher Voraussicht nicht mehr zu denken. Aber dieser Verlust trifft nicht nur die Bauarbeiterorganisation, sondern die gesamte Arbeiterbewegung, in deren Interesse Bömelburg sich und seine Gesundheit opferte.

Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter hält am 22. Februar in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab. Der nächste ordentliche Verbandstag hätte erst im Jahre 1914 statt zu finden. Der Zentralvorstand macht von dem ihm statutarisch zustehenden Rechte, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, Gebrauch, um die Streitigkeiten, die sich zwischen Zentralvorstand und berliner Zahlstelle wegen des Tarifabschlusses ergeben haben, dem Verbandstag zu unterbreiten und seinen Beschluß einzuholen.

Tabakarbeiter. Der große Kampf, der die Tabakarbeiter Deutschlands ein Vierteljahr lang in Spannung hielt und dessen Verlauf auch sonst in der gesamten deutschen Arbeiterschaft lebhaftes Interesse verursachte, hat nunmehr mit dem Siege der Tabakarbeiter sein Ende gefunden. Um den Erfolg zu würdigen, muß man sich einmal kurz den Gang des Kampfes vergegenwärtigen. Bei einer Firma in Blotho und bei Firmen in Lemgo wurden, nachdem bereits eine Anzahl Firmen in Westfalen und Lippe Lohnzulagen gemacht hatten, Forderungen gestellt; dieselben wurden von den Unternehmern abgelehnt. Darauf traten die Arbeiter dieser Firmen in den Streik. Nun beschloß am 25. November 1911 der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband, die sämtlichen organisierten Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen auszusperrn, falls nicht bis zum 28. September 1911 in den bestreikten Betrieben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen worden sei bzw. die Kündigungen zurück gezogen werden würden. Diese Maßregel wurde ausdrücklich damit begründet, daß die Lohnforderungen nicht erfüllt werden könnten und deshalb der Fabrikanten-Verband seinen Mitgliedern zu Hilfe kommen mußte. Deutlicher wurde der Geschäftsführer des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes in den vereinigten Tabakzeitungen, indem er schrieb: „Der Kampf gelte den Organisationen der Tabakarbeiter.“ Als die Aussperrung der westfälisch-lippischen Arbeiter Tatsache geworden war, beantworteten die hamburger und bremer Tabakarbeiter diese, so weit sie bei Firmen beschäftigt waren, die in Westfalen ausgesperrt hatten, mit dem Sympathiestreik. Nun legten sich auch die Fabrikantenvereine der genannten Orte ins Mittel und sperrten aus Solidarität mit ihren Kollegen in Westfalen die Tabakarbeiter aus, so daß schließlich etwa 13 500 Mann am Kampf beteiligt waren. Aber der Streich der Fabrikanten ist gründlich vorbei gelungen. Es schwebten seit mehreren Wochen verschiedentlich Verhandlungen unter der Leitung des Landrats Cornelsen in Minden und der von diesem Beauftragten, der Herren Landrat Bräuer in Herford und Oberbürgermeister Holand in Lemgo. Beide gelang eine Vermittlung zwischen den ursprünglich Streikenden und ihren Firmen nicht, und es drohte das Scheitern der Verhandlungen. Sollte aber der Frieden zustande kommen, so mußten den Arbeitern der bestreikten Firmen erst befriedigende Lohnerhöhungen gewährt werden. Und die Firmen bequerten sich dann schließlich dazu. Auf 108 Sorten erhielten die Zigarrenmacher Lohnzulagen von 25 Pfg. bis zu 1 Mk. pro Tausend, verschiedene andere die Arbeit erleichternde Zugeständnisse wurden gemacht und auch die Sortierer erhielten Zulagen bis zu 40 Pfg. pro Tausend. Die Arbeiter dieser Firmen erklärten nach diesen Zugeständnissen den Streik für aufgehoben und damit war die Bahn frei zum allgemeinen Frieden. Am 8. Januar beschlossen dann die Fabrikanten, am 9. Januar die Christen und am 10. Januar die beiden freigewerkschaftlichen Verbände auf folgender Grundlage den Kampf zu beenden: Sobald die Arbeiterorganisationen die schwebenden Streiks einschließlich der Sympathiestreiks für beendet erklären, heben gleichzeitig der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband und die in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände die Aussperrung auf. Die bestreikten

Firmen halten die bisherigen Zugeständnisse aufrecht und werden sie loyal erfüllen. Nach Beendigung der Aussperrung und nach Wiederaufnahme der Arbeiten wird der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband seinen Mitgliedern empfehlen, freiwillig in den einzelnen Betrieben seines Bezirks in eine Prüfung der Löhne zu Anfang des kommenden Frühjahrs einzutreten. Nach Beendigung der Streiks und nach Aufhebung der Aussperrungen werden Maßregelungen nicht beachtet. Bis zum 1. Mai 1912 sollen die Fabrikanten keine fremden Arbeiter in einem ihrer Betriebe einstellen, bevor ihre im Streik oder in Aussperrung gewesenen Arbeiter dieses Betriebes nicht eingestellt sind, so weit diese nicht inzwischen anderweit Arbeit gefunden haben.

Belgien. Bei dem Streik der belgischen Bergarbeiter, der seit Anfang Januar im Gange ist, handelt es sich nicht, wie verschiedentlich berichtet wurde, um einen Streik aller belgischen Bergarbeiter, sondern nur um einen Generallstreik in einem der vier belgischen Kohlenreviere, dem sogenannten Borinage. Von den etwa 100 000 Bergarbeitern, die in den belgischen Kohlengruben beschäftigt sind, entfallen etwas über 26 000 auf den Borinage. Die Bewegung ist auf dieses Revier beschränkt, weil nur hier die Unternehmer versuchten, an Stelle der bisher im Revier üblichen wöchentlichen Lohnzahlung die Zahlung am 1. und 15. des Monats einzuführen; in den meisten anderen Kohlengruben Belgiens ist die 14 tägige Lohnzahlung bereits seit Jahrzehnten eingeführt. Den Vorwand zu dieser Aenderung bot den Unternehmern das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Gesetz über die Alterspensionen der Bergarbeiter, das den Monatslohn als Grundlage für die Berechnung der vom Unternehmer vorzunehmenden Ratenabzüge nimmt. Die Arbeiter bestanden auf Beibehaltung des Systems der wöchentlichen Auszahlung und eine von den Gewerkschaften veranlaßte Urabstimmung, an der nahezu alle betroffenen Bergarbeiter teilnahmen, entschied sich beinahe einstimmig für den sofortigen Streik, nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, mit den Gewerkschaften über den Streitpunkt in Verhandlungen einzutreten. Der Streik ist jetzt allgemein. Nach den von den Grubenverwaltungen selbst der Presse mitgeteilten Zahlen sind von den 26 267 Arbeitern des Borinage 25 675 ausständig! In belgischen Gewerkschaftskreisen werden die Aussichten dieses Streiks nicht besonders günstig beurteilt, außer für den Fall, daß es noch möglich sein sollte, durch die Forderung einer Erhöhung des Minimallohnes die Verteidigungsstellung der Arbeiter in einen Angriff umzuwandeln. Eine solche Lohnerhöhung wäre zur Zeit angesichts der Teuerung umso notwendiger, als der Geldlohn der belgischen Bergarbeiter seit etwa sieben Jahren fast ununterbrochen zurück gegangen ist. Leider aber sind diese Arbeiter, besonders im Borinage, sehr mangelhaft organisiert. Der Borinage ist eben das einzige Revier, wo die zentralistische Organisationsform noch keinen Eingang gefunden hat; die Führung der jetzigen Bewegung obliegt denn auch ganz Organisationen lokalistischen Charakters, deren finanzielle Mittel sehr bescheiden sind und deren Einheitlichkeit in der Aktion ziemlich viel zu wünschen übrig läßt. Insofern ist die Bewegung im Borinage fast als eine „wilde“ Bewegung zu betrachten, die spontan, ohne Fühlungnahme mit den Bergarbeiterorganisationen der anderen Reviere, und mit den übrigen Gewerkschaften entstanden ist.

England. Obwohl das Gesamtergebn der Abstimmung der Bergarbeiter erst in einigen Tagen bekannt gemacht werden wird, ist schon jetzt, daß die Mehrheit für den Streik in den Distrikten sehr groß ist. In einem Revier ist das Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern des Streiks wie 25 zu 1. In vielen anderen Revieren ist es mehr als 10 zu 1. Durch die englische Presse ging in den letzten Tagen die Nachricht, daß der Generallstreik der Bergarbeiter in Großbritannien den Generallstreik der Bergarbeiter in allen der Internationalen Bergarbeiterföderation angeschlossenen Ländern nach sich ziehen werde. Erkundigungen, die bei den Beamten der Internationalen Bergarbeiterföderation eingebracht worden sind, zeigen jedoch, daß keinerlei internationale Abmachungen bestehen. Es wird gemeldet, daß der englische Transportarbeiterverband in der nächsten Zeit eine Konferenz abhalten wird, auf der die Stellungnahme des Verbandes in den vor sich gehenden und kommenden Kämpfen fest gelegt werden soll. Die Ansichten auf Frieden in Lancashire in der Textilindustrie sollen augenblicklich besser sein. Es heißt, daß die Arbeitgeber eine versöhnlichere Haltung eingenommen haben. Möglicherweise ist dies die Folge des Eingreifens des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes. Der Verband, dem die Weberorganisationen angeschlossen sind, hielt in London eine Konferenz ab, auf der beschlossen wurde, die ausgesperrten

Weber mit 350 000 Mk. wöchentlich zu unterstützen. Um die Unterstützungsmöglichkeit zu machen, wurde der Beitrag für die Zeit der Aussperrung verdoppelt. Es wurde auch der Vorschlag diskutiert, eine unverzinsliche Anleihe in der Höhe von zwei Millionen Mark bei den angeschlossenen Gewerkschaften auf zu nehmen. Man beschloß jedoch nichts Bestimmtes über diesen Punkt und überließ es dem Ausschuß, zu bestimmen, welche Maßregeln im gegebenen Moment die geeignetsten seien. Nach der letzten Vierteljahresbilanz hatte der allgemeine Gewerkschaftsverband ein Vermögen von 1 334 600 Mk.; vor drei Jahren besaß er 3 244 000 Mk. Die letzten großen wirtschaftlichen Kämpfe, besonders die Aussperrung der Kesselschmiede im Jahre 1910, haben seine Kasse sehr in Anspruch genommen. Eine weitere Notiz aus England lautet: Wie allgemein erwartet ist die Mehrheit der Bergarbeiter, die sich für den Generalstreik ausgesprochen hat, sehr groß, weit größer als die zur Erklärung des Streiks notwendige Zweidrittelmehrheit. Von je 5 Bergarbeitern stimmten 4 für den Streik. Die auf der letzten Konferenz der Bergarbeiter in Birmingham bekannt gemachten Ziffern lauten: Für den Generalstreik 449 801; 115 921 gegen den Streik. Die Mehrheit für den Streik betrug demnach 329 880. Der nächste Schritt wird jetzt wohl der sein, in allen Revieren die Kündigung einzureichen, so daß der Ausbruch des Streiks am 1. März zu erwarten ist. Noch liegen sechs Wochen zwischen dem Generalstreikbeschuß und der Arbeits-einstellung und von vielen Seiten wird die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Zeit dazu benutzt werden möge, einen Vergleich zustande zu bringen. Die ablehnende Haltung der einflußreichen Unternehmer macht jedoch das Zustandekommen eines Vergleiches nicht wahrscheinlich.

Norwegen. Die Lithographen und Steindrucker Norwegens stehen in einer Tarifbewegung. Der norwegische Lithographentarif läuft am 14. März ab. Dieser wurde von den Gehilfen in Kristiania, Sandviken, Drammen und Trondheim gekündigt, während der norwegische Unternehmerverband den Tarif in Stavanger, Bergen und Haugesund kündigte. Bemerkenswert ist, daß der Norwegische allgemeine Industriellenverband den Druckereibesitzerverband nicht mehr als offizielle Partei für den Tarif anerkennen will. Der bisherige Lithographen- und Steindruckertarif ist auch nie von diesem allgemeinen Industriellenverband anerkannt worden. Namentlich soll die Lehrlingsfrage, der Organisationszwang und die achtstündige tägliche Arbeitszeit nach den Statuten dieses Scharfmacherverbandes nicht mit Arbeitern tariflich fest gelegt werden. Die Lithographen- und Steindruckergehilfen, die aber sämtlich im Norwegischen Lithographenbund organisiert sind, sind aber nicht gewillt, diese Tarifpositionen auf zu geben, sondern haben im Gegenteil noch Forderungen auf Verbesserung gestellt. Der Gehilfenverband, der über ein hohes Vermögen verfügt, hat, da es nicht ausgeschlossen ist, daß es zu einem allgemeinen Kampf kommen kann, zur Stärkung des Kampffonds seinen Wochenbeitrag von 2 Kronen auf 2,50 Kronen erhöht. Ganz Norwegen wurde für Lithographen und Steindrucker gesperrt.

Russland. Ueber die Lage der russischen Gewerkschaften im Jahre 1910 wurde im Korrespondenzblatt geschrieben: Die „provisorischen“ Regeln vom 4. März 1906, die die rechtliche Grundlage für die russischen gewerkschaftlichen Organisationen bildeten, sahen auch vor, daß die zu gründenden Vereine alljährlich an die Regierungsbehörde über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten haben. Ende des Jahres 1908 ließen sich aber die Minister für Handel und Industrie, welche für die Gewerkschaften „zuständig“ ist, der beabsichtigten Bestimmung der Regeln und erließ Vorschriften für diese Berichterstattung. Wenn somit die Sturm- und Drangperiode der russischen Gewerkschaftsbewegung seine amtliche Beurkundung nicht gefunden hat, so besitzen wir wenigstens von nun ab eine Statistik der bestehenden Vereine. Diese Statistik kann nur bis zu einem gewissen Grade als „Statistik“ bezeichnet werden, denn ihre Angaben sind zu spärlich und mager. Immerhin gestatten sie doch einen deutlichen Blick auf den gegenwärtigen Zustand. Die vorliegenden Daten beziehen sich auf das Jahr 1910 und sind in dem Bericht des russischen Handelsministeriums für dasselbe Jahr mit enthalten. Ende des Jahres 1910 bestanden in Rußland 720 von Arbeitern gegründete gewerkschaftliche Vereine. Von diesen 720 Vereinen befand sich der größte Teil in den folgenden Gouvernements: Moskau 66, Taurien 69, Petrikau 43, St. Petersburg 45, Cherson 47, Warschau 37, Lifland 35, Kiew 32, Don (Dongebiet) 30, Jekaterinoslaw 21 Vereine. Im Laufe des Jahres 1910 wurden 30 neue Vereine eröffnet und 82 bestehende Vereine von der Regierung geschlossen. Daß es zur

Schließung von nur 11 Prozent und nicht mehr der bestehenden Organisationen kam, ist nur dem Umstande zu zuschreiben, daß die Vereine im allgemeinen gar keine Tätigkeit ausüben. Sie wagen es einfach nicht. Die ewigen Verfolgungen machen sie müde und halten außer den wenigen noch treu gebliebenen Mitgliedern die meisten Arbeiter von der Organisation fern. Auch ist ein großer Teil der Organisationen, leider läßt es sich ziffernmäßig nicht feststellen, wie hoch der Prozentsatz ist, gar keine gewerkschaftliche Organisation; denn auf Grund der Regeln vom 4. März 1906 werden auch Unterstützungsorganisationen konzessioniert. Sobald die Gewerkschaft anfängt, Lebenszeichen von sich zu geben, läuft sie Gefahr, sofort mit der Existenz aufhören zu müssen. Als Illustration kann am besten die Tatsache dienen, daß gerade die Arbeiter Petersburgs, die dank der industriellen Besserung sich zu regen begannen, im Jahre 1910 den Verlust von nicht weniger als 32 Organisationen zu verzeichnen hatten. Und diesem Verlust gegenüber steht die Tatsache, daß im gleichen Zeitraum nur eine einzige neue Organisation das Licht der Welt erblicken konnte.

Skandinavien. Für Norwegen und Schweden wird der nächste skandinavische Arbeiterkongreß in der Zeit vom 2. bis 4. September 1912 in Stockholm abgehalten werden in unmittelbarem Anschluß an den schwedischen Gewerkschaftskongreß. Die Einladung wird auch an Finnland ergehen. Außer den von den Organisationen zu stellenden Anträgen wird die Tagesordnung folgende Hauptpunkte enthalten: Berichte über die Bewegung in den skandinavischen Ländern; Organisationsformen und Taktik; Gesetzgebung betreffend die Arbeiterbewegung; Trustbildungen und Teuerung. Das Delegationsrecht wurde folgendermaßen geregelt: Auf je 500 Mitglieder 1 Vertreter, Organisationen mit mehr als 1000 Mitgliedern 3 Vertreter.

Vermischtes

Urteile von Unternehmern über Gewerkschaften. Anlässlich einer Tarifbewegung der im Metall- und Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Maggiwerken in Singen, die zum Abschluß eines vierjährigen Tarifvertrages führte, der für 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 90 Pfg. bis 4,80 Mk. pro Woche und einen Sommerurlaub brachte, äußerte sich Herr Maggi: „Wir betrachten die Gewerkschaften als Pioniere des Kulturfortschritts und sind um so mehr geneigt, ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel zur Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Entwicklung erblicken.“ Die Leitung des Maggi-Unternehmens stehe nicht auf dem veralteten Standpunkt, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. „Wir haben von jeher in unseren Arbeitern und Beamten nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter in der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit in ihnen geachtet. Auch sind wir willens, den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Fabrikbetrieb noch weiter zu stärken. Demzufolge haben die Organisationsvertreter das Recht, an den Sitzungen des Arbeiterausschusses mit der Firma teil zu nehmen. Die Scharfmacher im Unternehmerlager werden eine solche Stellung sicher nicht begreifen und nicht billigen.“

Zur Unterhaltung

Im Hafen des Elends,

Im städtischen Asyl für Obdachlose in Berlin, das Tag für Tag von vielen Hunderten der Ärmsten unter den Armen zum Uebernachten aufgesucht wird, sind während der Weihnachtsfeiertage etwa 140 Personen unter starken Vergiftungserscheinungen erkrankt und über 70 von diesen Unglücklichen sind gestorben. Sofortige ärztliche Untersuchung und eigne Angaben der Erkrankten ergaben, daß der Genuß von schlechten Nahrungsmitteln und mit Methylnalkohol statt Spiritus angesetztem Branntwein als Ursachen des erschütternden Dramas zu betrachten sind. Einige von ihnen brachten davon noch in das Asyl mit, wo sie trotz ihrer eignen furchtbaren Not mit andern Darbenden brüderlich teilten und damit nur sich und ihren Leidensgenossen den Tod als Erlöser aus der traurigsten Tiefe der heutigen Gesellschaftsordnung brachten.

Ueber dieses furchtbare Ereignis brachte die Welt am Montag folgende Betrachtung:

Der graufigen Broteske dort im Nachtschl hat noch kein Tageschriftsteller „die Fülle der Gesichte“ abgenommen.

Dazu müßte wohl einer der großen Russen herüber kommen. Denen ist die tragische Furchtbarkeit des Glends auf gegangen. Wir sind zu stumpf für diesen Eindruck, zu satt und befriedigt.

Für etwas Empfindsamkeit reicht es zur Not noch. Aber auch das Mitleid wird erstickt von der starken Gebärde der „Vernunft“: „Ist es denen da nicht gut, daß sie hinüber sind? Den Hoffnungslosen, den unmenschlich gewordenen Ueberresten von Menschen, den verkommenen Schatten, die jeden Hund beneiden müssen?“

Dieses armselige Gesindel schiebt und drängt sich in die Höfen des Glends an den Tagen des Festes der Liebe, am Gedenktag der Geschichte von der Geburt im Stall, am Geburtstag des Evangeliums der Armen, — und in der letzten Zuflucht der äußersten Verkommenheit findet es der unver- schämteste Gleichheitsapostel, der sich aber nicht mit Reden aufhält, sondern sofort auch als der allmächtige Gleichmacher handelt, — findet es der Tod!

Diese Unmenschen sind so ekelhaft, daß ihr beinahe auf- atmen würdet, wenn sie alle am Leichengiste stinkender Fische sich den Tod angefressen hätten!

4200 von ihnen waren Weihnachten im städtischen Asyl, Hunderte noch in der Wiesenstraße, wo Lölde und Paul Singer ihnen ein besseres Quartier gebaut und gewärmt haben. Und wie viele waren noch ganz ohne Quartier, da alle Asyl nicht reichten!

Eine Schar von Tausenden, denen die Menschen gestattet haben, alles Menschliche preis zu geben.

Woher kommen sie?

Nun, woher kommen eure Diebe und eure Huren, eure Zuhälter und eure Lustknaben?

Meint ihr, daß ihr auch nur einen aus dieser Heerschar der Verkommenheit von euren Rockschößen abschütteln könntet?

Nein und nein, mein hochansehnliches Publikum, das ist alles dein Produkt und deine Schuld!

Ob du in einem Schlosse aus- und eingehst oder an der Börse Geschäfte machst, ob du ein Amt hast oder einen Laden, du und ich, wir alle sind die Erzeuger dieses stinkenden Glends, denn wir können es hindern zu sein, hätten seine Entstehung hindern können und könnten es aus der Welt schaffen.

Nicht mit Hilfsmitteln der frommen oder humanitären Liebestat! Die reichen nicht weit und kommen nicht an die Ursprünge der üblen Rinnale.

Zu ihnen können nur die Mittel eures Staates vordringen! Ihr werdet euch schon entschließen müssen, die Gewalt dieser Mittel auch hier anzuwenden, den Beutel auf zu tun, den das Gesetz euch füllt, den schon Verkommenen ein dauerndes Asyl zu schaffen, aber den erst Verkommenen einen Ausweg aus dem Glend!

Das aber wollt ihr nicht!

Wenn die Gewerkschaften der Arbeiter von euch verlangen, daß ihr ihnen beistehen sollt, ihre Arbeitslosenversicherung auf alle Arbeiter aus zu dehnen, dann höre ich viele von euch schreien: Die Faulheit prämiieren, das wäre noch besser! Dann hungern alle!

Dummes Geschwätz! Die Zahlen eurer Staatsrechner be- weisen, daß in guter Erwerbszeit, wenn selbst die Unglücklichen Arbeit finden, die Zahl der Diebstähle nicht nur, sondern sogar die Zahl der oft Vorbestraften abnimmt, die aufs neue verurteilt werden müssen!

Beweisen diese Zahlen eurer Statistik nicht, daß die So des Übels Wurzel ist? Könt ihr gegen diesen Beweis auch nur ein wirksames Wort einwenden?

Wenn ihr diese Wahrheit also zugeben müßt, — warum laßt ihr euch mit blödem Geheß gegen die Anstrengungen und die Anträge der Arbeitergewerkschaften aufreizen, die jetzt schon euch — jawohl: Euch allen! — die wertvollsten Dienste leisten, weil sie den Organisierten über die verkümmerte Wirkung der schlechten Zeiten fort helfen?

Gewiß, es werden immer belastete Erzeugnisse und Opfer der Seuchen und der Leidenschaften vorkommen, — denen gebührt ein dauerndes, erträgliches Zwangsalyl — aber die Schar des Glends füllt die entnervende, alkoholisierende Ent- behrung arbeitsloser Bettelzeit!

Ich kann es euch mit Erfahrungen beweisen.

In unseren Kindertagen brach die große Krise an, die so lange Jahre dauerte, als alle Schlote schwarz zum Himmel starrten, die Maschinen still standen.

Da warf das Ungeheuer Gesellschaft Hunderttausende auf die Straße, und diese Hunderttausende zogen jahrelang als Landstreicher umher, bald verkommend, hilflos. Nie hat es

so viel Bagabunden gegeben wie damals. Viele haben es lange ausgehalten. Noch heute erscheinen Opfer der großen Krise der siebziger Jahre vor den Schöffengerichten, alte Bettler mit bald 100 Vorstrafen.

Dann schreit ihr über das Paß!

Wenn euch aber die Gewerkschaften an die Pflicht erinnern, die Arbeiter alle gegen Arbeitslosigkeit und ihre verbrecherischen Wirkungen zu versichern, dann seid ihr blöd, stumpf und widerwillig!

Lieber laßt ihr das elende Volk verderben und verkommen, und wenn dann in eurem „Asyl“ der Tod unter ihnen auf- räumt, dann heißt es: „Wozu sollen die noch leben?“

5000 schleichen vor der Kälte der Winternacht in eure Asyl.

Merkwürdig, daß so wenig gestohlen, geraubt, gemordet wird!

Meint ihr, die ließen das aus Gewissenhaftigkeit oder Angst?

Ich weiß es besser: Aus Schwäche und Willenlosigkeit lassen sie es! Nicht einmal zu einem herzhaften Diebstahl reicht es, der nach dem biblischen Recht und sogar nach der harten Carolina Hungernden zustand!

Aber Herde des Verderbens schafft ihr euch doch in diesen Glenden, deren Glend ihr hättet hindern oder heilen können!

Noch ist keine Seuche in diese Höfen des Glends ein- geschleppt worden. Auch das kann einmal kommen, daß von irgendwo ein elender Mensch die Pest ins Asyl trägt, daß sie in diesem Sammelort der Widerstandslosen, Entkräfteten mit rasender Gier um sich greife! Daß in einer Nacht eine helle Brunst der Seuche aufflame und euch fresse, nachdem sie sich an den Leibern der Wehrlosen gestärkt hat!

Wollt ihr bis dahin warten, ehe ihr den Schrei des Glends vernehmt, des Glends, das ihr nicht in Nachtsylen dürftig hegen, sondern hindern und heilen solltet?

Versammlungs-Berichte etc.

u. **Dresden.** Wie wir bereits berichteten, hatte unsere Jahres- hauptversammlung die Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfennig beschlossen. Der Beschluß hatte allerdings nur eine geringe Mehrheit auf sich vereinigt, doch ist ja bekanntlich jede Zahlstellen- versammlung berechtigt, eventuelle Anträge durch einfache Stimmen- mehrheit zum Beschluß zu erheben. Nun ist es bisher üblich gewesen, daß derartige statutarisch zu Recht bestehende Beschlüsse, von den der Versammlung fern gebliebenen Mitgliedern als auch für sie bindend betrachtet wurden. Anders diesmal. Es gab doch Kollegen, die es für notwendig fanden, gegen den Beschluß Sturm zu laufen und so hatten wir uns am 20. Januar erneut mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Gegner dieses Beschlusses hatten uns eine kurze schriftliche Be- gründung gegeben, worin sie der Befürchtung Ausdruck gaben, daß durch den Beschluß Mitglieder austreten werden und die Agitation unterbunden würde. Das Wort nahm keiner der Gegner zur Be- gründung. Und so machte denn Genosse Jungnickel als Korreferent in prächtigen, von höchster Sachlichkeit getragenen Ausführungen nochmals auf die Notwendigkeit dieses Beitrages aufmerksam. Er ließ die Ent- wicklung der Gewerkschaften Revue passieren, machte auf die durch diese Entwicklung ermöglichten, für die organisierten Arbeiter höchst segensreich wirkenden Einrichtungen, als Kartelle, Sekretariate und Volkshäuser, aufmerksam, um sich dann in längeren Ausführungen über die so notwendige, bei uns aber immer schwächer und damit natürlich auch kostspieliger werdende Agitation im allgemeinen, bei unseren weib- lichen Kollegen aber im besonderen zu ergehen. Unter lebhaftem Beifall schloß er mit der Aufforderung, sich nicht zu weigern, dieses notwendige Opfer auf sich zu nehmen. In der nunmehr folgenden Diskussion traten zunächst drei Redner auf, die den Antrag auf Aufhebung des Beschlusses mit unterzeichnet hatten. Sie erklärten, daß sie in der letzten Versammlung nicht waren, heut aber durch das Referat über- zeugt worden sind, daß der Beitrag notwendig ist. Ein weiterer Redner gab seine Bewunderung darüber Ausdruck, daß keiner von den teil- nehmenden Mitgliedern des Antrages das Wort nahm. Er fand damit die Zustimmung der Versammlung. Einer unserer bisherigen Redatoren, den jedenfalls der bisherige Verlauf der Versammlung nicht paßte, glaubte nunmehr einen besonderen Trumpf ausspielen zu müssen. Er unterbreitete der Versammlung, daß wir immer klagen ob der Ebbe in unserer Lokalkasse, daß wir aber die Mittel des 12pCt.-Fonds ver- schweigen. Er ging dabei zurück bis zu der Affäre, die vor drei Jahren hier bei uns spielte. Er kam aber beim größten Teil der Versammlung nicht an. Die Gegner des Antrages brachten zum Teil die Argumente der Antragsteller in der Hauptsache vor und ergingen sich in persön- lichen Angriffen auf den Genossen Wilmann. Jungnickel in seinem Schluß- wort und Koban in seinem Resümee wiesen dieselben zurück. Nunmehr wurde zur Abstimmung geschritten. Auf Antrag war dieselbe geheim. Das Resultat war, daß von 154 anwesenden Mitgliedern 88 für Auf- rechterhaltung des Beschlusses stimmten, 56 waren dagegen, 4 ungültig und 6 hatten sich der Stimme enthalten. Der Lokalbeitrag ist also das zweite Mal beschlossen worden. Hoffen wir, daß nunmehr die Mit- glieder demselben nach kommen. Es wird zu unserem Nutzen sein. Hoffen wir aber auch, daß sich derartiges nicht wiederholt, denn die Verwaltung müßte dann andere Schritte unternehmen.

Adressen-Änderungen

Sterbetafel.

Berlin. Otto Teschow, M., geb. 5. 6. 1875 zu Berlin, gest. 4. 1. 1912 an Lungenentzündung. Krank 8 Tage.

Dresden. Wilhelm Besser, Dr., geb. 13. 4. 1869, gest. 8. Januar, an Lungentuberkulose.

Farge. Joh. Bates, Dr., geb. 12. 11. 1863 zu Farge, gest. 17. 1. 1912 zu Krumm, an Luftröhrenfisteln.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen

Ahlen. Sonnabend, 27. Januar, 8 1/2 Uhr. Wegen Renovierung des Parteilokals findet unsere Versammlung im Lokal „Restaurant Menke“, Offstr., statt.

Berlin. Die Sitzung der Schildermaler fällt auf Beschluß der Verwaltung für diesen Monat aus. Nächste am 5. Februar.

Bonn. Sonnabend, 27. Januar, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13.

Düsseldorf. Sonntag, 28. Januar, morgens 10 1/2 Uhr, Versammlung der Arbeiter der Linfords-Werke bei Beinke in Ratingen, Hochstraße 30. Wahl eines Hausfassierers.

Eisenberg. Mittwoch, 14. Februar, im Altenburger Hofe.

Elberfeld. Sonnabend, 27. Januar, 1/2 9 Uhr, bei Wähle, Bachstr. 1.

Geschwenda. Sonntag, 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Thüringer Wald.

Goldlauter. Sonntag, 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Gebhard Heim. Verwaltungssitzung. Sonntag, 4. Februar, vormittags, 10 Uhr, bei Gebhard Heim.

Gräfenhain. Sonnabend, 27. Januar, 8 Uhr, im Gasthof zum Steiger.

Grünhain. Sonnabend, 27. Januar, 8 Uhr, im Vereinslokal Goldhahn.

Hermsdorf. Sonnabend, 3. Februar, 8 1/2 Uhr, im Kurhaus zu Klosterlausitz.

Höhr. Montag, 12. Februar.

Hüttensteinach. Montag, 5. Februar, 7 Uhr, bei Gottlieb Fied. Abschluß. Beiträge müssen bis 28. Januar beglichen sein.

Ilmenau. Sonnabend, 10. Februar 8 1/2 Uhr, in der Rosenau.

Königsee. Sonnabend, 27. Januar, 6 Uhr, im Rathause. Abschluß.

Pankow. Sonnabend, 10. Februar, 8 Uhr, bei Bohr, Berlin, Kuglerstraße 7.

Piesau. Sonntag, 28. Januar, 6 Uhr, bei Hugo Langer. Vortrag vom Gauleiter Emil Hoffmann.

Potschappel. Sonnabend, 27. Januar, 1/2 5 Uhr, in Hempels Restaurant.

Schedewitz. Sonnabend, 10. Februar, 8 Uhr, im Schedewitzer Consum.

Scheibe. Sonnabend, 27. Januar, 8 Uhr, im Gasthaus z. Post. Abschluß.

Sitzendorf. Montag, 29. Januar, 7 1/2 Uhr, im Gasthaus Gambrinus. Abschluß.

Staffel. Sonnabend, 3. Februar, 8 Uhr, in der Wirtschaft von Weimar, früher Wolf.

Tiefenfurt. Sonnabend, 3. Februar, 8 Uhr, in der Brauerei.

Uegesack. Sonnabend, 3. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Wördemann.

Anzeigen

Unterweissbach. Für das Mitglied Hermann Schwabe gingen folgende Beträge an freiwilliger Unterstützung ein: Schedewitz 5,—. Oberhohndorf 5,—. Eisenach 1,—. Weiskopf 3,—. Goldlauter 10,—. Bonn 1,—. Hermsdorf 1,—. Ahlen 5,—. Farge 1,—. Ilmenau 1,—. Gophenau 1,—. Marienberg 3,—. Jena 3,—. Pankow 3,—. Sitzendorf 3,—. Friedrichshagen 3,—. Charlottenburg 3,—. Summa 77,50 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Den Gebern besten Dank. S. M. Otto Großer.

Berlin. Die Kollegen von Berlin und den umliegenden Zählstellen, welche an den im Februar und März stattfindenden Vorträgen teilnehmen wollen, bitten wir, umgehend unserem Büro, Raunynstr. 84, Mitteilung zu machen. Die Vorträge sind kostenlos!

1. Donnerstag, 8. Februar, 8 Uhr, über: „Die wirtschaftliche Entwicklung bis zur kapitalistischen Warenproduktion. Die kapitalistische Warenproduktion als Voraussetzung der modernen Arbeiterbewegung.“
2. Donnerstag, 22. Februar, 8 Uhr: „Die geschichtliche Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung in Politik und Wirtschaft.“
3. Donnerstag, 7. März, 8 Uhr: „Die politischen und wirtschaftlichen Zustände der Gegenwart und ihre Entwicklung.“
4. Donnerstag, 21. März, 8 Uhr: „Die Tendenzen und Ziele der modernen Arbeiterbewegung.“

Vortragender ist der bekannte Lehrer für Nationalökonomie an der Arbeiterbildungsschule: Max Grünwald.

Lokal: Volkshaus, Adalbertstr. 21. Während der Vorträge werden Getränke nicht verabfolgt! Pünktliches Erscheinen ist unbedingt Pflicht. Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Verbreitung nur bei Porto-Einzufügung

Landschaftsmaler zum sofortigen Eintritt gesucht. Gerner Herdfabrik G. m. b. H., Herne i. W.

Glasmaler für Bechermalerei, tüchtig im Anfrichtenkolorieren, Aluminiumdekoren und Emailleschrift, finden sofort dauernde und gute Stellung. Offerten unter R. S. erbeten.

Porzellanmaler, tüchtig in Blumen, Früchte, Rand, Farb-Gold, Stempel, firm im Plattenstechen, guter Entwerfer, sucht Stellung. Offerten unter B. S. 40 erbeten.

Porzellanmaler, in allen vorkommenden Arbeiten gut eingearbeitet, auch in Fond- und Schablonenspritzerei, sucht dauernde Stellung. Bewerber ist gesonnen, eine Privatmalerei mit zu übernehmen. Offerten unter B. B. T. erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Beitzelle 30 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

Achtung, Porzellandreher! Schwämme zu den billigsten Preisen. Direkter Bezug von der Schwämme-Fischerei Calymnos. Christian Neupert, Porzellandreher, Meuselwitz S.-M., Clausbruchstr. 3.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldasche, und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Konradstr. 12.

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen usw., kauft jeden Posten und bezahlt nach dem Ausmelzen das Gramm Feingold nach dem Goldkurs. Höchste Preise bei sofortiger Kassa und reeller Bedienung. Großer Umsatz, daher höchste Preise.

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtsstraße 8, 2 Tr.

Schriftliche Anerkennungen für reelle Bedienung.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Bergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-M.** Ältestes Geschäft dieser Art. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden-A., Bönischplatz 17

Goldschmiere

sowie goldhaltige Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmiere sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und zu den höchsten Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 6.

Zahle weil grossen Umsatz höchste Preise	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle  Edel-Metall-Schmelze Gegründet 1896 Realle schnelle Bed. Otto Seifert, Zwickau S.	Edel-Metall-Schmelze Gegründet 1896
--	---	-------------------------------------

Herausgeg. v. Verbands der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Dietrich, Charlottenburg, Guerichstr. 43. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerichstraße 21.